

A series of colorful, overlapping lines in blue, orange, green, and red that start from the left edge and loop around the main title, ending in a horizontal line that points towards the GEW logo.

Bildung. Weiter denken!

A smaller version of the GEW logo, consisting of the letters 'GEW' in white on a red, slanted rectangular background, positioned at the end of the horizontal line from the decorative graphic.

GEW

Beschlüsse

des 28. Gewerkschaftstages der GEW
vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

1.4 Hochschulfinanzierung sichern – gute Beschäftigungsbedingungen garantieren

Solide Grundfinanzierung zur Wahrnehmung gewachsener Aufgaben

Das deutsche Hochschulsystem war in den letzten Jahren rasanten Veränderungen ausgesetzt. Mit den doppelten Abiturjahrgängen in den meisten Bundesländern und deutlich angestiegener Studierneigung kann Deutschland nun endlich an die Bildungserfolge anderer europäischer Nachbarländer anknüpfen. Immer mehr junge Menschen nehmen ihr Recht auf eine hochschulische Bildung wahr. Die Zahl der Studierenden ist in den letzten 15 Jahren um über 50 Prozent von 1,7 auf 2,8 Millionen im Wintersemester 2016/17 gestiegen. Im Jahr 2014 begannen über 500.000 junge Menschen ein Studium und die Studienanfängerquote erreichte 58 Prozent. Damit beginnen fast sechs von zehn Personen einer Alterskohorte im Laufe ihres Lebens ein Hochschulstudium. Dies ist eine Chance, die wir nutzen wollen: für mehr Persönlichkeitsentwicklung und eine bessere Orientierung in einem sich rasch verändernden Arbeitsmarkt, für eine Stärkung der politischen und sozialen Teilhabe und damit unserer demokratischen Gesellschaft.

Mit den gewachsenen Aufgaben ist die Grundfinanzierung der Hochschulen, die von den Ländern gewährleistet werden muss, nicht mitgewachsen, im Gegenteil: Ihr Anteil an den Gesamtausgaben der Hochschulen ist ständig gesunken. Seit Jahrzehnten verkünden WissenschaftspolitikerInnen, dass „Studierendenberge untertunnelt“ werden müssten, das heißt, man hoffte staatlicherseits auf einen nur kurzlebigen Anstieg der Studierendenzahlen – ein folgenreicher Fehler. Die Prognosen der Kultusministerkonferenz zeigen einen Verbleib der Zahlen auf hohem Niveau. Die Politik ist in der Pflicht, das Angebot an Studienplätzen bedarfsgerecht auszubauen und gute Studienbedingungen zu schaffen. Dies erfordert ein Umdenken in der Finanzierung. Bund und Länder reagieren seit Jahren mit einer Vielzahl von befristeten Programmen, die die Lehre unterstützen sollen, wie den Hochschulpakten, dem „Qualitätspakt Lehre“ und der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“. Völlig in Schieflage geraten viele Hochschulen durch den Druck, ihre Position durch wachsende Drittmittel zu sichern, die wettbewerblich vergeben werden – Wettbewerbe, die bei den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Hochschulen zum Teil zu ruinösen Ergebnissen führen. Ohnehin zu knappe Grundmittel werden umgeleitet, um Infrastrukturausgaben oder sehr teure Berufungen zu realisieren, die die Drittmittelinwerbung verstärken sollen.

Aus den befristeten Programmen des Bundes und der Länder sowie der hohen Drittmittelquote ist keine verläss-

liche Hochschulstruktur erwachsen und gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen bleiben auf der Strecke. So ist der Anteil der befristet Beschäftigten immer weiter angewachsen, wobei die Laufzeit der Verträge immer kürzer geworden ist. Und der ständige Wettbewerb heizt diese Entwicklung weiter an.

Hochschulbildung ist nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes im Wesentlichen Ländersache. Das Kooperationsverbot in der Bildung, das die damalige „Große Koalition“ gegen die Stimmen der Gewerkschaften 2006 im Grundgesetz verankerte, war eine folgenreiche Fehlentscheidung. Mittlerweile ist diese Erkenntnis auch in der Politik gewachsen, 2014 hat sich die jetzige „Große Koalition“ zu einer Lockerung des Kooperationsverbotes für die Wissenschaftspolitik durchgerungen. Allerdings bleibt die Schulpolitik weiterhin ausschließlich Ländersache, Wissenschaftseinrichtungen kann der Bund nur in überregional bedeutsamen Fällen fördern und nur dann, wenn alle Bundesländer einer solchen Förderung zustimmen.

Die GEW fordert

- eine deutliche und langfristige Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen, die mit einer Abkehr von dem Trend zu immer mehr projektformiger Finanzierung verbunden sein muss,
- eine konsequente Abschaffung des Kooperationsverbotes, mit der sowohl die Beschränkung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Wissenschaft auf Fälle überregionaler Bedeutung als auch das Einstimmigkeitsprinzip aufgehoben werden und
- einen nachhaltigen Einstieg des Bundes in die Grundfinanzierung der Hochschulen, unter anderem durch die Überführung befristeter Programme wie der Hochschulpakete in dauerhafte Bundeszuschüsse.

Lehre und Studium, Studienfinanzierung

Die Prognosen der Kultusministerkonferenz blieben in den letzten Jahren meist hinter der realen Studierendenentwicklung zurück, sie sehen aber gleichfalls eine weiter steigende Nachfrage nach Studienplätzen voraus. Verlässliche Prognosen rechnen mit einem anhaltenden „Hochplateau“ Studierender an den Universitäten. Einhelliger Wunsch der Politik ist hierbei, dass es eine Studierendenverteilung zwischen Universitäten und Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften von ca. 60 zu 40 Prozent geben soll. Dies setzt voraus, dass der Personalbestand an den Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften entsprechend angehoben wird; keinesfalls aber zu Lasten der Universitäten, etwa durch Stellenverlagerungen.

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

Eine Betrachtung der Betreuungsrelationen an den Universitäten zeigt, wie weit wir von guten Studienbedingungen entfernt sind. Die Zahl der ProfessorInnen hat mit dem Anstieg der Studierendenzahlen nicht Schritt gehalten. Blicke die Anzahl der ProfessorInnen an den Universitäten auch künftig auf dem Niveau des Jahres 2014, würde sich die Betreuungsrelation im kommenden Jahrzehnt auf bis zu 90 Studierende je ProfessorIn verschlechtern. Im Jahr 2000 lag sie noch bei 59, 2014 bereits bei 72 Studierenden je ProfessorIn. Zum Vergleich: In der Schweiz lag die Betreuungsrelation im Querschnitt der Fächer bezogen auf die ProfessorInnen bei 1 zu 38. Bei einer schrittweisen Verbesserung der Betreuungsrelation in Anlehnung an die schweizerischen Verhältnisse müsste sich die Zahl der ProfessorInnen von 2014 bis 2026 um 84 Prozent auf 43.300 erhöhen, das zeigt eine im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung vorgelegte Studie des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zur Deckung des Erweiterungsbedarfes und auch des altersbedingten Ersatzbedarfes werden zusätzlich mindestens 5.000 Tenure-Track-Professuren für junge WissenschaftlerInnen benötigt.

Für ein gutes Studium brauchen wir neben einer guten Betreuungsrelation eine studierendenzentrierte Lehre und eine entsprechende Infrastruktur. Beratungs- und Unterstützungsnetzwerke müssen so ausgebaut werden, dass sie einer zunehmenden Diversität der Studierendenschaft Rechnung tragen. Geflüchtete Menschen, die ein Studium aufnehmen und zum Abschluss bringen wollen, benötigen spezielle Angebote wie unter anderem gebührenfreie Deutschkurse.

Die Ausbildungsförderung ist noch immer unzureichend. Das BAföG hatte fünf Nullrunden hinter sich, als es 2016 erstmals wieder erhöht wurde, die nun endlich erfolgte Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge gleicht nicht einmal die gestiegenen Preise aus. Viele Studierende sind auf dauerhaftes Jobben auch während der Vorlesungszeit angewiesen, um ihr Studium finanzieren zu können. So bleibt weniger Zeit für das Studium, was den Studienerfolg beeinträchtigt.

Die GEW fordert

- eine deutliche Verbesserung der Betreuungsrelation von ProfessorInnen zu Studierenden durch die Anhebung der Zahl der Professuren,
- die Schaffung einer studierendenorientierten Infrastruktur an den Hochschulen inklusive geeigneter Lernräume für Studierende mit einer zeitgemäßen IT-Ausstattung,

- einen Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie eine Ausrichtung der Hochschuldidaktik auf eine vielfältige Studierendenschaft mit unterschiedlicher Herkunft, Erstsprache, Religion und Kultur, mit verschiedenem Alter, Geschlecht, finanziellem und Bildungshintergrund, mit und ohne Beeinträchtigung, mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten sowie mit und ohne Kinder,
- einen Ausbau der sozialen Infrastruktur zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium und Familie sowie einen Ausbau der Studierendenwohnheime,
- eine Reform des BAföG durch eine deutliche Erhöhung der Fördersätze und Freibeträge, die Verankerung einer regelmäßigen Anpassung an steigende Lebenshaltungskosten, die Abschaffung des Darlehensanteils zugunsten eines Vollzuschusses und den langfristigen Ausbau des BAföG zu einer elternunabhängigen Förderung und
- den Verzicht auf jegliche Art von Studiengebühren.

Gute Arbeit sichern – Dauerstellen schaffen – Entfristungsoffensive einleiten

Kurzfristige Pakte und der rasante Anstieg der Drittmittelwerbung haben die Personalsituation an den Hochschulen rasant verändert. Neun von zehn Verträgen wissenschaftlicher und künstlerischer Mitarbeiter_innen sind befristet, die meisten mit Kurzzeitfristen von unter einem Jahr. Ein Viertel der wissenschaftlich Beschäftigten ist nur nebenberuflich beschäftigt, z. B. als Lehrbeauftragte oder Hilfskräfte. Beide Personalgruppen haben sich seit Ende der 1990er-Jahre mehr als verdoppelt. Dieser Personalgruppe müssen reguläre, tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse angeboten werden.

Die GEW hat sich 2015 mit einer bundesweiten Aktionswoche sowie mit einem eigenen Gesetzesvorschlag in die Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) eingebracht. Einige Verbesserungen konnten erreicht werden, aber eine Wende steht noch aus. Kurz- und Kettenverträge müssen ein Ende haben und es gilt verlässliche Berufswege zu schaffen. Es kann nicht sein, dass erst mit einer Berufung auf eine Professur, die im Durchschnitt erst im fünften Lebensjahrzehnt erfolgt, eine dauerhafte Beschäftigung gesichert ist!

Daueraufgaben in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement müssen von dauerhaft beschäftigtem Personal erledigt werden. Die zunehmende Verlagerung auf befristet Beschäftigte ist zu beenden. Qualifikationsvorhaben sind in Beschäftigungsverhältnissen zu ermöglichen, dabei müssen neben den zu erbringenden Dienstleistungsaufgaben in der Lehre oder der Wissenschaftsverwaltung mindestens die Hälfte, in der Promotionsphase mindestens drei Viertel der Arbeitszeit für das eigene Qualifikationsvorhaben zur Verfügung stehen.

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

Bei der Beschäftigung promovierter WissenschaftlerInnen ist frühzeitig Klarheit über die weiteren Perspektiven zu schaffen. Wird ein Qualifikationsziel vereinbart und dann auch erreicht, ist eine Dauerbeschäftigung sicherzustellen: durch den Übergang auf eine Regelprofessur oder eine Dauerstelle für Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement neben der Professur.

Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften leiden derzeit insbesondere in den MINT-Fächern unter erheblichen Problemen, Professuren zu besetzen. Es gelingt kaum, geeignete BewerberInnen aus der Industrie zur Rückkehr an die Hochschule zu bewegen. Hier gilt es attraktive Konzepte zu entwickeln wie die Einführung von Tenure-Track-Professuren, die eine parallele Praxisqualifikation außerhalb der Hochschule ermöglichen.

Die GEW fordert

- eine Entfristungsoffensive, die sich am Prinzip „Dauerstellen für Daueraufgaben“ orientiert,
- mindestens 5.000 zusätzliche Tenure-Track-Professuren zur Sicherung verlässlicher Karrierewege an den Universitäten,
- mindestens 500 weitere zusätzliche Tenure-Track-Professuren zur Sicherung verlässlicher Karrierewege sowie paralleler Praxisqualifizierung für die Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften,
- 40.000 zusätzliche Dauerstellen für wissenschaftliche bzw. künstlerische Mitarbeiter_innen für Daueraufgaben an Universitäten,
- 10.000 zusätzliche Dauerstellen für wissenschaftliche bzw. künstlerische Mitarbeiter_innen für Daueraufgaben an Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften und
- eine gleichstellungspolitische Ausrichtung der Entfristungsoffensive: Mindestens die Hälfte der zusätzlichen Dauerstellen ist mit qualifizierten WissenschaftlerInnen zu besetzen.

Forschung und Innovation

Der Wandel des deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems veränderte nicht nur das Finanzierungssystem und die Hochschulorganisation, sondern greift auch weit in das Selbstverständnis der Wissenschaft ein. Stellt man die Drittmittelausgaben der staatlichen Hoch-

schulen, die im Wesentlichen Personalausgaben sind, den gesamten Personalausgaben für Forschung, Lehre, Weiterbildung, Verwaltung etc. gegenüber, stellt man fest, dass inzwischen jeder vierte Euro aus Drittmitteln kommt. Im akademischen Mittelbau ist der Anteil weit höher. Der Zwang zur Drittmittelinwerbung stellt Hochschulleitungen und WissenschaftlerInnen unter einen enormen, extern definierten, Erfolgsdruck.

Vielfach steht durch die zunehmende Wettbewerbssituation nicht mehr der wissenschaftlich begründete Erkenntnisgewinn im Fokus, sondern die Orientierung auf den nächsten erfolgreichen Antrag zur Drittmittelinwerbung, sei es bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Bundesregierung, der Europäischen Union oder der Industrie. Die Frage, welchen Beitrag Wissenschaft zum Gemeinwohl sowie zur Weiterentwicklung unserer Demokratie leisten kann und soll, gerät dabei rasch in den Hintergrund. Oftmals wirkt sich der Erfolg bei der Drittmittelinwerbung im Rahmen der leistungsorientierten Mittelvergabe zudem mittelbar auf die Höhe der Grundmittelzuweisung aus. Dies führt hochschulintern neben einer nie gekannten Zunahme der Befristungen zu Verzerrungen in der wissenschaftlich-inhaltlichen Ausrichtung.

Die gerade eingeläutete weitere Runde der Exzellenzinitiative verschärft diese Fehlentwicklung. In den nächsten Jahren werden jährlich über eine halbe Milliarde Euro in wenige Universitäten fließen, die als Spitzenunis ausgewählt werden – Mittel, die an anderen Hochschulen für mehr Studienplätze, eine bessere Betreuung, stabile Arbeitsverhältnisse und sichere Karrierewege fehlen werden.

Die GEW fordert

- eine Umkehr der Wissenschaftsfinanzierung weg von immer mehr wettbewerblicher Steuerung hin zu einer Stärkung der Grundfinanzierung und damit einer nachhaltigen Absicherung der Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- eine Abkehr von der Mittelkonzentration auf wenige Spitzeneinrichtungen hin zu einem bedarfsgerechten Ausbau in der Fläche und
- die Stärkung von Modellen, die auch im Bereich der Drittmittelforschung die Entfristung und damit eine verlässliche Beschäftigung von WissenschaftlerInnen ermöglichen.